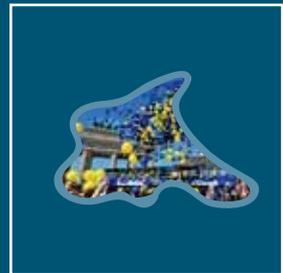
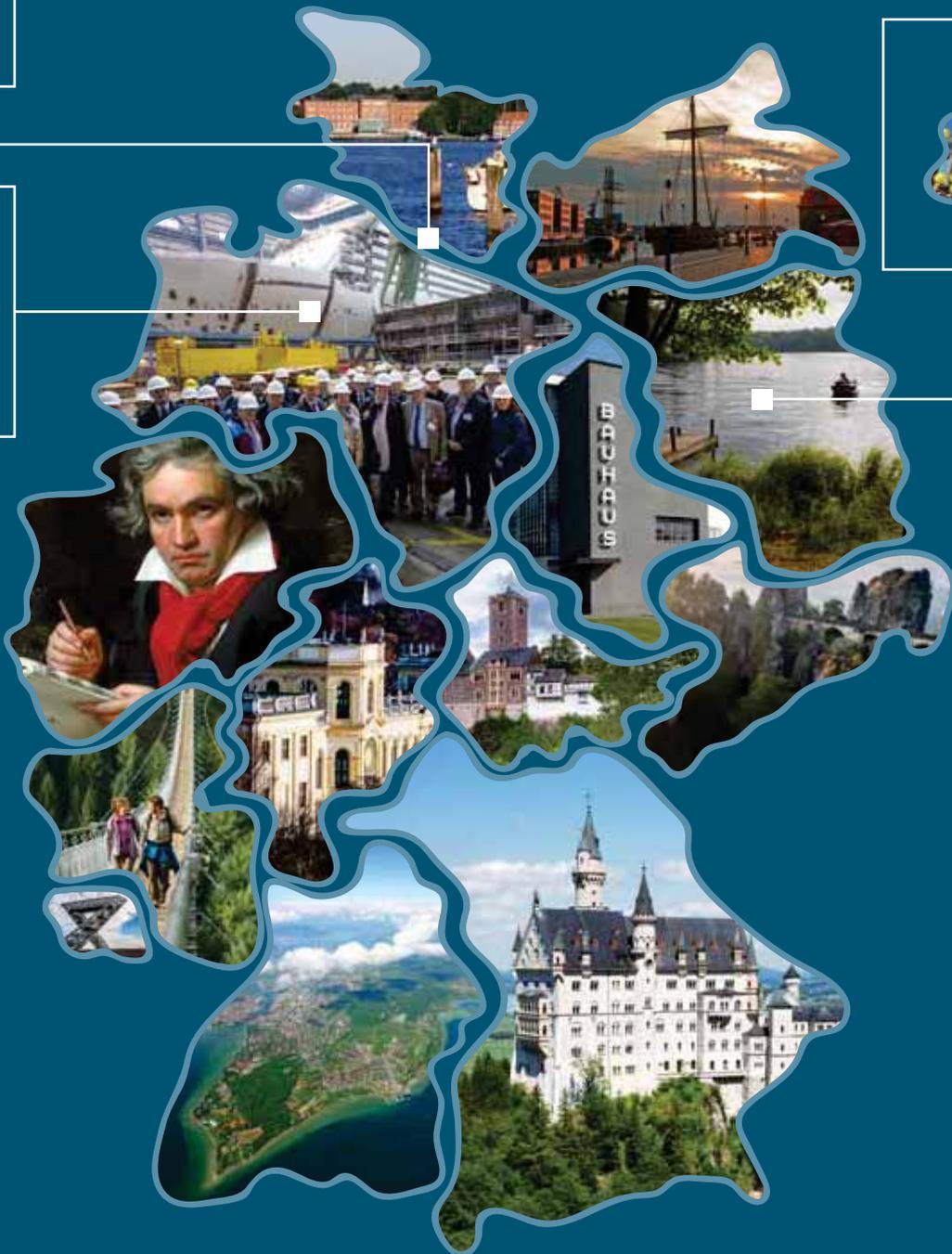




Europäischer Ausschuss
der Regionen

Europa. Das sind wir alle!

Die deutschen Mitglieder im Europäischen
Ausschuss der Regionen: Aufgaben und Ziele



Die deutschen Länder und ihre Städte, Landkreise und Gemeinden



Inhaltsübersicht

Vorwort des Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)	Seite 3
Einleitung der Vorsitzenden der Deutschen Delegation im AdR	Seite 4
Der Kommunikationsplan des AdR für das Jahr 2018	Seite 5
Die deutschen Mitglieder des AdR	Seite 6
Deutsche Mitglieder mit besonderen Funktionen im AdR	Seite 30
AdR-Bürgerdialoge in Deutschland	Seite 33
Liste der Stellungnahmen deutscher Berichtersteller*innen	Seite 37

Vorwort

des Präsidenten
des Europäischen Ausschusses der Regionen
(AdR)

Karl-Heinz Lambertz

*Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen und
Senator der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*



Mehr denn je sind die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und deren Vertreter im europäischen Mehrebenensystem gefragt. Populistische und nationalistische Bewegungen und Rhetorik haben das Gefühl der Menschen, dass man ihren Sorgen und Wünschen weit weg in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg keine Beachtung schenkt, instrumentalisiert. Dagegen müssen wir, die Vertreter der Regionen, Städte und Gemeinden, entschieden entgegenwirken.

Europa findet nicht nur in den europäischen Hauptstädten statt, sondern vor allem dort, wo die Menschen leben – in ihren Städten, Regionen und Gemeinschaften. Siebzig Prozent der Rechtssetzung der Europäischen Union (EU) wird in den Gebietskörperschaften umgesetzt. Das zeigt deutlich, wie wichtig es ist, dass die Stimme der Bürger*innen in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen kann. Dafür steht der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) und dafür stehen seine 350 Mitglieder.

Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen Arbeit, Stabilität, Sicherheit, Integration, Klimaschutz und Gewährleistung effizienter öffentlicher Dienstleistungen erfolgreich meistern. Aus diesem Grund möchten wir im AdR während meiner zweieinhalbjährigen Präsidentschaft an vier Baustellen arbeiten.

Gemeinsam Herausforderungen angehen heißt erstens, dass die lokalen und regionalen Verantwortlichen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern an Lösungsansätzen arbeiten. Das geht nur, wenn der AdR seinen Mitgliedern bei ihren Aufenthalten in Brüssel die Möglichkeit gibt, ihrer politischen Tätigkeit nachzugehen, das heißt Kontakte zu knüpfen, von den Erfahrungen anderer in Form von Diskussionsgruppen oder Gesprächen zu lernen und von eigenen Erfahrungen zu berichten. Das gewonnene Wissen kann dann vor Ort mitgeteilt und in die Politikgestaltung eingebracht werden. Genau deshalb haben wir die "Nachdenken über Europa"-Kampagne gestartet. Gerade eine

nationale Delegation wie die deutsche kann in diesem Sinne Einiges bewegen.

Weiterhin kann der AdR als beratende Institution die Interessen der Regionen und Städte nur adäquat vertreten, wenn er einen konkreten Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess der EU hat. Einerseits geht dies formell über die Annahme prägnanter Stellungnahmen, Berichte und Entschlüsse. Darüber hinaus müssen wir aber auch weiterhin an Synergien mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat arbeiten. Hier können die nationalen Delegationen natürlich auch eine wichtige Rolle spielen, indem sie ihre Verbindungen zu ihren nationalen Kolleg*innen weiter entwickeln.

An dritter Stelle bietet der Standort Brüssel die Chance, auf engem Raum etliche Verknüpfungen zu Vertretern der Regionalbüros und zu den Mitgliedern der nationalen und europäischen Verbände von Städten und Regionen herzustellen. Die Kampagne für eine starke Kohäsionspolitik – #CohesionAlliance – ist ein Beispiel, welchen Mehrwert die Zusammenarbeit mit solchen Verbänden schaffen kann. Ich bin überzeugt, dass auf deutscher Ebene ihre Kooperation mit deutschen Verbänden eine ähnliche Dynamik erzeugt.

Damit unsere Arbeit für die europäischen Bürger*innen erkennbar ist, ist viertens eine einheitliche, strukturierte und effiziente Kommunikation unabdingbar. Dies geschieht sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf Ebene der Mitglieder.

Wer an solchen Baustellen arbeitet, kann auf keine helfende Hand verzichten. Gemeinsam mit Ihnen vor Ort können wir die Herausforderungen von heute und morgen meistern.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre,
Karl-Heinz Lambertz



Einleitung

der Vorsitzenden der Deutschen Delegation im
Europäischen Ausschuss der Regionen

Ulrike Hiller

*Vorsitzende der Deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der
Regionen
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für
Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Staatsrätin*

Europa – das sind wir alle. Deshalb gibt es den Europäischen Ausschuss der Regionen. Er ist die Stimme der Städte, Kommunen und Regionen in der Europäischen Union. Schließlich werden viele EU-Initiativen von diesen vor Ort umgesetzt und betreffen die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt.

Im AdR sind 350 Mitglieder, vor allem Bürgermeister*innen, Stadträte und Landräte sowie Landesminister*innen und Landtagsabgeordnete aus den 28 Mitgliedstaaten, vertreten. Gerne wird er daher als „Länderkammer“ der EU bezeichnet. Und so waren es auch die deutschen Länder, die sich ganz besonders für den AdR stark gemacht haben. Mit Erfolg: Im Vertrag von Maastricht wurde der AdR im Jahr 1993 verankert.

Wir, die Deutsche Delegation, sind mit 24 Mitgliedern und 24 Stellvertretenden – neben Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien – eine der großen Delegationen im AdR. Neben den Vertreterinnen und Vertretern aus den Ländern, sitzen auch die kommunalen Spitzenverbände mit am Tisch – also der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag.

Die Mitglieder der Deutschen Delegation haben insbesondere im Blick, welche Auswirkungen europäische Initiativen für die Bürger*innen haben. Und sie geben Anregungen, wie die Umsetzung in Städten, Gemeinden und Regionen noch besser gelingen kann – ihre politische Erfahrung, die Sachkenntnisse in regionalen und lokalen Fragen und die Nähe zu den Menschen vor Ort helfen dabei.

Das Engagement der Deutschen Delegation ist vielfältig. Es reicht von fachlichen Stellungnahmen für das Plenum des Europäischen Parlaments und die engagierte Mitarbeit in den Ausschüssen über Anhörungen bis hin zu AdR-Bürgerdialogen und zahlreichen Vor-Ort-Veranstaltungen – ob in Schulen, Bürgerzentren, mit Gewerkschaften oder Handelskammern.

Denn natürlich wollen wir auch direkt mit Ihnen, den Bürger*innen, ins Gespräch kommen und Ihre Anliegen und Fragen aufgreifen. Wir sind – neben den Europaabgeordneten – Ihre Interessenvertretung in Brüssel!

Wir wollen gemeinsam Antworten auf Zukunftsfragen geben, die uns alle betreffen – ob es nun um wirtschaftliches Wachstum, neue Arbeitsplätze und soziale Integration geht, um Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung, kulturelle Vielfalt oder Umweltschutz, Energie- und Klimapolitik oder die innere und äußere Sicherheit.

Und wir wollen von guten Beispielen vor Ort lernen. Häufig entstehen so über europäische Ländergrenzen hinweg neue Initiativen, die sich durch gelebte Solidarität, gegenseitigen Respekt und Inspiration auszeichnen.

Wir freuen uns, dass das Interesse der Menschen vor Ort an Informationen und Austausch zur Europäischen Union groß ist. Deshalb wollen wir mit dieser Broschüre einen Einblick in die wichtige Arbeit des AdR geben.

Viel Vergnügen bei der Lektüre – und: sprechen Sie uns an! Denn: Europa - das sind wir alle!

Ihre
Ulrike Hiller

Der Kommunikationsplan des AdR für das Jahr 2018

Partnerschaftliche Zusammenarbeit für ein Europa der Gebietskörperschaften

Kurzfassung der politischen Schwerpunkte und Kampagnen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) verfolgt einen Kommunikationsansatz, der auf dem Grundsatz beruht, „dass Europa seinen Bürgern wieder nähergebracht werden muss, und zwar mittels einer Zwei-Wege-Kommunikation, in deren Mittelpunkt die Mitglieder des AdR stehen“. Hierzu entwickelt der AdR seine Kommunikationstätigkeit innerhalb von Partnerschaften und Kooperationen mit einem „Netz der Netze“, in das Mitglieder, Verbände, lokale Gebietskörperschaften und Regionalregierungen auf der einen Seite und die EU-Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat, sowie ihre Netzwerke auf der anderen Seite eingebunden sind.

Der Kommunikationsplan 2018 unterstützt damit das Ziel des Präsidenten, die Rolle und den Einfluss des AdR durch eine bessere Außenwirkung und eine verstärkte Kooperation und Kommunikation, insbesondere mit den lokalen Gebietskörperschaften und ihren europäischen Verbänden, zu erhöhen. Der Kommunikationsplan nimmt insbesondere auf drei politische Schwerpunkte des aktuellen Mandats Bezug: das Europa der Bürger*innen; ein neuer Start für die Wirtschaft der EU; Stabilität und Zusammenarbeit.

Der politische Kontext für die Kommunikation des AdR in 2018/19 wird durch die Debatte zur Zukunft der EU, den Vorschlag der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2020 und die Wahlen zum Europäischen Parlament in den 27 Mitgliedstaaten in 2019 bestimmt.

Im Mittelpunkt des Plans für 2018 stehen daher drei Kommunikationskampagnen, die jeweils auf den politischen Arbeiten des AdR beruhen und aus einer Kombination aus Veranstaltungen, Medien- und Online-Aktivitäten bestehen:

- 1. Regionen, Städte und lokale Gebietskörperschaften arbeiten für die Zukunft Europas;**
- 2. Investitionen in nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze in allen Regionen, Städten und lokalen Gebietskörperschaften;**
- 3. Regionen, Städte und lokale Gebietskörperschaften der EU als Reformkräfte.**

Die Mitglieder werden darüber hinaus auch bei zahlreichen anderen Aktivitäten unterstützt, um aktiv mit den Bürgern zu kommunizieren, beispielsweise im Rahmen des Europäischen Jahres des Kulturerbes.



Baden-Württemberg



Mitglied
Guido Wolf

„Wir wollen, dass die Stimme der Regionen und Kommunen auf EU-Ebene gehört wird. Wir wollen mehr und nicht weniger Gestaltungsspielräume bekommen. Europa muss von unten nach oben gedacht werden.“

Minister der Justiz und für Europa
des Landes Baden-Württemberg
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und COTER
Politische Gruppe: EVP
 /GuidoWolfinfo



Stellvertretendes Mitglied
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart

„Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Unser Land ist Spitzenreiter bei Forschung und Entwicklung, Export-Champion und Wachstumsmotor unter den 111 europäischen Regionen. Als Teil des grenzüberschreitenden Oberrheinraums, als Impulsgeber der Donaauraumkooperation und als einer der „Vier Motoren für Europa“ ist Baden-Württemberg Pionier und Vorreiter der interregionalen Zusammenarbeit. Ohne die starke Stimme der Regionen kann Europa nicht erfolgreich sein. Baden-Württemberg lebt dieses aktive und vielfältige „Europa der Regionen“, das regionale Identitäten erhält und Subsidiarität fördert. In den Regionen wird Europa erfahrbar. Hier wird aus der Idee konkrete Wirklichkeit. Europa ist für Baden-Württemberg und alle europäischen Regionen eine vitale Frage. Sie müssen auch für die Zukunft Träger, Treiber und Gestalter Europas sein.“

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg
Politische Gruppe: EVP
 /reinhart.mdl



Mitglied
Dr. Beate Merk

„Der AdR ist für alle Regionen in Europa eine hervorragende Plattform der Begegnung und Information. Die Vielfalt der Regionen im AdR ist ein großer Gewinn. Hier entsteht Verständnis füreinander durch den regen Austausch miteinander. Außerdem können in keinem anderen EU-Gremium Gemeinden und Städte, Bezirke und Regionen ihre unterschiedlichen Interessen so direkt einbringen und ihren Anliegen Gehör verschaffen. Das Vertrauen der Menschen in das Projekt Europa stärken wir nur, wenn kulturelle Identitäten und regionale Besonderheiten in Brüssel respektiert werden. Diese unmittelbare Möglichkeit zur Mitbestimmung ist unverzichtbar.“

Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen*
Mitglied der Fachkommissionen ECON und COTER
Politische Gruppe: EVP
 /bayern/

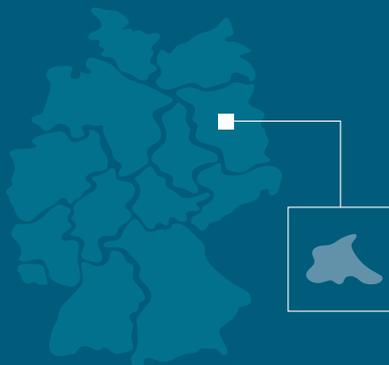


Stellvertretendes Mitglied
Dr. Franz Rieger

„Der Ausschuss der Regionen ist eine wichtige Institution, denn er macht die regionale Vielfalt auf europäischer Ebene sichtbar und präsenter. Er ist faktisch die einzige Möglichkeit für die Regionen, ein Mitspracherecht auszuüben und auf die Entscheidungsfindung einzuwirken. Bayern hat auf besondere Weise an der Einrichtung des AdR mitgewirkt und darauf sind wir sehr stolz. Denn der AdR trägt dazu bei, den Grundsatz der Subsidiarität mit mehr Leben zu erfüllen!“

Mitglied des Bayerischen Landtags
Politische Gruppe: EVP
franz.rieger@csu-landtag.de
 /franz.rieger.csu

* bis 21.03.2018



Berlin



Mitglied
Gerry Woop

„Die Herausforderungen für Städte in der Europäischen Union sind größer denn je, wenn es um den nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt geht. Berlin setzt sich im Ausschuss der Regionen daher für die Umsetzung der 2016 mit dem „Pakt von Amsterdam“ verabschiedeten Städteagenda für die EU ein. Städtische Interessen müssen bei der Formulierung und Umsetzung europäischer Politik auf allen Ebenen umfassend berücksichtigt werden. Die Städteagenda für die EU stellt einen wichtigen Schritt dar, um die städtische Interessen stärker auf europäischer Ebene zu verankern.“

Staatssekretär für Europaangelegenheiten des Landes Berlin
Mitglied in der Fachkommissionen COTER und CIVEX
Fraktion: PES
Gerry.Woop@europa.berlin.de



Stellvertretendes Mitglied
Sven Rissmann

„Die Schönheit und Vielfalt Europas findet man in den Regionen. Hier kann Europa nah sein, gelebt und weiterentwickelt werden.“

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
Politische Gruppe: EVP
www.sven-rissmann.de
info@sven-rissmann.de



Brandenburg



Mitglied
Anne Quart

„Durch den AdR kann ich Brandenburg eine Stimme im Herzen Europas geben und nehme die Brüsseler Erfahrung mit zurück. Zusammen mit anderen europäischen Regionen setze ich mich ein für ein soziales Europa, eine solidarische und vereinfachte Kohäsionspolitik nach 2020 und eine verbesserte Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarländern. Eine gelebte globale Partnerschaft im Sinne der Nachhaltigkeits-Agenda der Vereinten Nationen zu fördern, ist mir ein persönliches Anliegen.“

Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz
Mitglied der Fachkommissionen NAT und ECON
Politische Gruppe: SPE
anne.quart@mdjev.brandenburg.de
www.flickr.com/photos/mdjevbb/



Stellvertretendes Mitglied
Stefan Ludwig

„Über den AdR kann Brandenburg Europapolitik mitgestalten. Gerade in einer Zeit, in der vielerorts über die Krisen Europas debattiert wird, muss sich der AdR konsequent für eine ständige und lösungsorientierte Kommunikation mit anderen europäischen Regionen und Kommunen einsetzen sowie verständlich den BürgerInnen vermitteln, wie positiv und maßgeblich Europa unser Leben beeinflusst und vereinfacht hat.“

Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz
Politische Gruppe: SPE
vorzimmer-min@mdjev.brandenburg.de



Brandenburg



Mitglied
Barbara Hackenschmidt

„Die Europäische Union ist das größte und erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten!

Alle Bürgerinnen und Bürger können am Bau des Hauses Europa mitarbeiten - lasst uns gemeinsam unsere Zukunft gestalten im friedlichen Miteinander.“

Mitglied des Landtags Brandenburg
Mitglied der Fachkommissionen ECON und ENVE
Politische Gruppe: SPE
b.hackenschmidt@icloud.com
 /hackenschmidt.barbara



Stellvertretendes Mitglied
Holger Rupprecht

„Europa ist eine Antwort auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen der europäischen Länder und der Menschen, die in Europa leben.“

Mitglied des Landtags Brandenburg
Politische Gruppe: SPE
holger.rupprecht@spd-fraktion.brandenburg.de
www.holger-rupprecht.de



Bremen



Mitglied
Ulrike Hiller

„Kleines Bundesland ganz groß: Durch den Europäischen Ausschuss der Regionen ist die Freie Hansestadt Bremen in Brüssel gut vertreten. Denn der AdR gibt den Städten, Kommunen und Regionen in Europa eine Stimme. Seine Aufgabe: nah bei den Menschen sein, ihre Anliegen nach Brüssel tragen, mitentscheiden – für eine bürgerfreundliche EU.“

Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und
Entwicklungszusammenarbeit
Mitglied der Fachkommissionen SEDEC und ENVE
Politische Gruppe: SPE
f /ulrike.hiller
t /UlrikeHiller



Stellvertretendes Mitglied
Dr. Henrike Müller

„Ein starkes Europa kann nur mit Hilfe seiner Bürgerinnen und Bürger entstehen. Darum ist die Bürgernähe der Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen ein hohes Gut. Sie können im offenen Dialog von der europäischen Idee überzeugen. Sie sind das Bindeglied zwischen den Europäischen Institutionen und den Städten und Gemeinden in den Mitgliedstaaten der EU.“

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
Sprecherin für Europa, Wissenschaft und Geschlechterpolitik
Politische Gruppe: SPE
henrike.mueller@gruene-bremen.de
www.henrikemueller.de
f /henrike.muller.7
t /MullerHenrike



Hamburg



Mitglied
Barbara Duden

„Hamburg nach Europa tragen.“



Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und COTER
Politische Gruppe: SPE



Stellvertretendes Mitglied
René Gögge

„Die Europäische Union ist unsere Chance, als Bürgerinnen und Bürger auf diesem Kontinent weiter zusammen zu wachsen und voneinander zu lernen. Sie ist außerdem die einzige Möglichkeit, mit China und den USA in Kultur, Innovation und künftiger wirtschaftlicher Entwicklung mitzuhalten.“

Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Politische Gruppe: SPE
rene.goegge@gruene-fraktion-hamburg.de
 /rgoegge



Hamburg



Mitglied
Dr. Annette Tabbara, LL.M.*

„Die Regionen leisten einen bedeutsamen Beitrag zum Aufbau Europas. Im AdR können sie ihre Erfahrungen austauschen und ihre Anliegen gemeinsam formulieren. Der AdR verleiht den Regionen eine Stimme im europäischen Entscheidungsprozess. Dieses Miteinander hat einen großen Wert für alle Beteiligten.“

Staatsrätin
Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg
beim Bund, bei der Europäischen Union und
für auswärtige Angelegenheiten
Mitglied der Fachkommissionen ECON und SEDEC
Politische Gruppe: SPE



Stellvertretendes Mitglied
Jan Pörksen

„All politics are local – deshalb ist es wichtig, die Stimme der lokalen und regionalen Politiker auf europäischer Ebene zu hören“

Staatsrat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Freie und Hansestadt Hamburg
Politische Gruppe: SPE
 /sozialbehoerde
 /sozialbehoerde

* Zum Zeitpunkt des Drucks war die Benennung durch den Rat noch nicht erfolgt.



Hessen



Mitglied
Mark Weinmeister

„Die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger effektiv zu vertreten, muss das Hauptaugenmerk der deutschen Mitglieder im Ausschuss der Regionen bleiben, gerade weil hier die bürgernächsten Vertreter aus Kommunen und Ländern gefragt sind. Dies geschieht am besten durch eine sachliche Beschäftigung mit den Themen, die auf europäischer Ebene entschieden werden und zwar über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg. Daher freut es mich, dass ich mich in den letzten Jahren der Sorgen der Verbraucher annehmen konnte, insbesondere durch meine Berichterstattungen zum Entscheidungsprozess in Bezug auf genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel und zur Überarbeitung der Trinkwasser-Richtlinie.“

Staatssekretär für Europaangelegenheiten
Mitglied der Fachkommissionen ENVE und NAT
Politische Gruppe: EVP



Stellvertretendes Mitglied
Norbert Kartmann

„Jeder einzelne EU-Mitgliedstaat ist von den anhaltenden Krisen unserer Zeit betroffen. Und deshalb kann es auch nur gemeinsame Lösungen durch gemeinsames Arbeiten geben. Dabei geben wir Europa eine Identität, die durch die Stimme der Regionen gehört wird.“

Präsident des Hessischen Landtags
Politische Gruppe: EVP
adr@ltg.hessen.de



Mecklenburg-Vorpommern



Mitglied
Tilo Gundlack

„Als ordentliches Mitglied im Ausschuss der Regionen und als Landtagsabgeordneter vertrete ich das Land Mecklenburg-Vorpommern. Ich setze mich für die Belange meiner Heimat ein und verstehe mich als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union. Dabei Kooperationsmöglichkeiten mit Vertretern der anderen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ausfindig zu machen, wird angesichts des Brexits künftig noch wichtiger werden.“

Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Mitglied der Fachkommissionen ECON und NAT

Politische Gruppe: SPE

tilo.gundlack@spd.landtag-mv.de

www.tilo-gundlack.de

 /tilo.gundlack

 /tgundlack



Stellvertretendes Mitglied
Jochen Schulte

„Mecklenburg-Vorpommern hat bisher stark von der Europäischen Union profitiert. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der europäische Mehrwert stärker im Bewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger verankert wird. Umgekehrt müssen wir auch die Bedeutung der Regionen stärker auf der europäischen Ebene verankern. Beides sehe ich auch als meine Aufgabe im AdR.“

Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Politische Gruppe: SPE

info@jochen-schulte-spd.de

jochen.schulte@spd.landtag-mv.de

<http://www.jochen-schulte-spd.de/>

 /Jochen-Schulte-MdL-SPD-679045968861362/



Mecklenburg-Vorpommern



Mitglied
Katy Hoffmeister

„Europa ist heute wichtiger denn je. In der Europäischen Union eint uns der starke Wille nach Frieden und Freiheit. Europa ist ein einmaliges Friedensprojekt auf der Welt. Dabei brauchen wir keine Sorge davor zu haben, individuelle Identitäten zu verlieren. Ich selbst bin in Mecklenburg-Vorpommern geboren, dort lebe und arbeite ich. Da bin ich zuhause. Im Herzen und im Geiste bin ich überzeugte Europäerin. Gerade im Ausschuss der Regionen sehe ich, wie ähnlich wir uns doch bei aller Vielfalt sind. Gemeinsam bleiben wir stark!“

Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und SEDEC
Politische Gruppe: EVP
www.jm.mv-regierung.de



Stellvertretendes Mitglied
Harry Glawe

„Mecklenburg-Vorpommern ist ein lebendiger Teil Europas. Die europäischen Mittel sind ein unverzichtbarer Baustein der Unterstützung für unser Land, was im Ergebnis zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, zu mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und zu mehr Wertschöpfung in den Regionen führt. Die konkrete Umsetzung der Förderung ist natürlich sehr vielfältig. Das Wichtigste aber ist, dass die Menschen vor Ort unmittelbar erleben können, wie der Einsatz europäischer Mittel dazu beiträgt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein attraktiver Wohn-, Lebens- und Arbeitsort ist.“

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit von
Mecklenburg-Vorpommern
Politische Gruppe: EVP
www.wm.mv-regierung.de



Niedersachsen



Mitglied
Birgit J. Honé

„Wir bringen die Belange der Regionen auf die europäische Ebene und vertreten sie dort aktiv. Denn: Europa ist das, was wir daraus machen!“

Niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und ENVE
Politische Gruppe: SPE
Birgit.Hone@mb.niedersachsen.de
www.mb.niedersachsen.de



Stellvertretendes Mitglied
Clemens Lammerskitten

„Eine wichtige Aufgabe des AdR ist die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und der kommunalen Selbstverwaltung. Die EU kann ihre Ziele nicht allein, sondern nur gemeinsam mit ihren Regionen und Kommunen erreichen. Wer dem Populismus und antieuropäischen Bewegungen Einhalt gebieten will, muss auch den Regionen und den Kommunen Gehör schenken. Dabei richtet sich die EU nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, an die ganze Welt. Kommunen und Regionen bringen mit dem AdR auch die globalen Nachhaltigkeitsagenden und Klimaschutzziele der EU voran.“

Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages
Politische Gruppe: EVP
clemens-lammerskitten@t-online.de
www.clemens-lammerskitten.de



Nordrhein-Westfalen



Mitglied
Dr. Mark Speich

„Nordrhein-Westfalen zählt mit 18 Millionen Einwohnern zu den Kernregionen der EU. Zusammen mit unseren Nachbarn Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, zu denen besonders intensive Beziehungen bestehen, bildet unser Land einen Kultur- und Wirtschaftsraum, in dem mehr als 45 Mio. Menschen leben. Nicht nur die nordrhein-westfälische Wirtschaft, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind mittlerweile untrennbar mit Europa verwoben. Daher ist es für Nordrhein-Westfalen so wichtig, Europa mitgestalten zu können. Als Ausschussmitglied für Nordrhein-Westfalen setze ich mich deshalb in besonderem Maße dafür ein, dass die Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger an Europa frühzeitig und unmittelbar in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen.“

Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten
sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und ECON
Politische Gruppe: EVP
poststelle@lv-eu.nrw.de
www.europa.nrw.de | www.land.nrw
🐦 /nrwineu



Stellvertretendes Mitglied
Dietmar Brockes

„Europa ist ein großartiges Projekt, das uns über Jahrzehnte Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat. Es lohnt sich, weiter in eine gute Zukunft Europas zu investieren!“

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales
Sprecher für Industrie und Energie der FDP-Landtagsfraktion
Politische Gruppe: ALDE
dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www: www.brockes.de
📘 Dietmar.Brockes.MdL
🐦 /brockes
📷 dietmarbrockes



Rheinland-Pfalz



Mitglied
Heike Raab

„Europa wird nur dann zu einem gelebten Europa, wenn wir Subsidiarität praktizieren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Labor der Integration nutzen. In der EU werden Entscheidungen getroffen, die unmittelbare Auswirkungen auch auf Regionen und Kommunen in Rheinland-Pfalz haben. Daher ist es wichtig, auf EU-Ebene die Anliegen der Regionen und Kommunen wahrzunehmen, sie einzubeziehen und in ihrem Sinne zu handeln.“

Über den Europäischen Ausschuss der Regionen habe ich ein Mitspracherecht bei der europäischen Politikgestaltung. Meine langjährigen Erfahrungen in der rheinland-pfälzischen Politik kann ich im Ausschuss der Regionen sehr gut einbringen. Er ist ein ausgezeichnetes Forum, um die Interessen und Ideen der lokalen, regionalen und Landesbehörden direkt in den europäischen Gesetzgebungsprozess einzubringen. Als Bevollmächtigte für Medien und Digitales der Landesregierung Rheinland-Pfalz setze ich mich ebenfalls vehement für die Entwicklung der digitalen Infrastruktur in Europa ein.“

Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
Mitglied der Fachkommissionen SEDEC und ENVE
Politische Gruppe: SPE
Heike.Raab@stk.rlp.de
 /Heike Raab
 /HeikeRaab



Stellvertretendes Mitglied
Heike Scharfenberger

„Die Geschichte der europäischen Zusammenarbeit hat gezeigt, dass wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn die Herausforderungen der heutigen Zeit bewältigen können.“

Ein starkes Europa ist entscheidend für unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit.“

Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz
Politische Gruppe: SPE
wk-buero@heike-scharfenberger-spd.de
 /Rheinland-Pfalz.de
 /rlpNews



Saarland

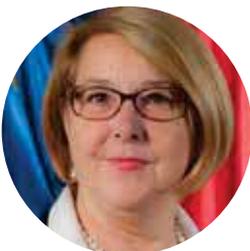


Mitglied
Helma Kuhn-Theis

„Europa steht vor großen Herausforderungen und das in sehr unruhigen Zeiten. Wir, die Vertreter der europäischen Regionen, wissen, wo den Menschen der Schuh drückt: sei es das Thema der Digitalisierung für die ländlichen Räume, die Sicherheit in Grenzräumen oder die Bildung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in ihrem täglichen Leben den Mehrwert von Europa spüren, sonst wenden sie sich mehr und mehr ab. Gerade deshalb ist die starke Stimme des Ausschusses der Regionen wichtiger denn je.

Der Ausschuss der Regionen ist das Fundament unseres gemeinsamen Hauses Europa!“

Mitglied des Landtages des Saarlandes
Mitglied der Fachkommission SEDEC und NAT
Politische Gruppe: EVP
h.kuhn-theis@cdu-fraktion-saar.de



Stellvertretendes Mitglied
Isolde Ries

„Die Grundwerte der SPD: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für mich auch die Pfeiler für ein vereintes Europa.“

Erste Vizepräsidentin des Landtages des Saarlandes
Politische Gruppe: SPE
l.ries@landtag-saar.de
i.ries@spd-saar.de



Sachsen



Mitglied
Heinz Lehmann

„Eine starke EU bedeutet eine starke regionale und lokale Ebene in den Mitgliedstaaten. Im Ausschuss der Regionen kann ich die Stimme meiner Heimatregion in Brüssel deutlich hörbar machen. Europäisch denken und lokal strategisch und zukunftsorientiert handeln bedeutet, die EU aktiv mitzugestalten. Der Industriestandort Europa spielt dabei eine zentrale Rolle. In meiner Stellungnahme zur Zukunft der Industriepolitik war es mir wichtig, die europäischen, regionalen und lokalen Interessen zu vernetzen und die sächsischen Erfahrungen bei der Ansiedlung und Entwicklung zukunftsfähiger Industrieunternehmen in die europäische Strategieplanung einfließen zu lassen. Die EU muss sich innovativ und konkurrenzfähig aufstellen.“

Mitglied des Sächsischen Landtages
Mitglied der Fachkommissionen ECON und ENVE
Politische Gruppe: EVP
Heinz.Lehmann@slt.sachsen.de
Lehmann-loebau@t-online.de
www.lehmann-heinz.de



Stellvertretendes Mitglied
Oliver Schenk

„Der Gründungsgedanke der EU bestand darin, die nationalen Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten so eng miteinander zu verflechten, dass über die wirtschaftliche Zusammenarbeit gegenseitiges Vertrauen geschaffen wird und Frieden zwischen den Mitgliedstaaten herrscht. Auf diesem ökonomischen Fundament sind die EU-Staaten zu einer Wertegemeinschaft geworden, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit eint. Der Ausschuss trägt zum Gelingen dieser Gemeinschaft bei. Er artikuliert regionales Wissen sowie Erfahrungen und speist beides in den europäischen Gesetzgebungsprozess ein. Umgekehrt vermitteln seine Mitglieder europäische Ziele, Projekte und Erfolge in den Regionen. Ich freue mich daher, als Europaminister den Freistaat Sachsen im Ausschuss der Regionen vertreten zu dürfen.“

Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Chef der Sächsischen Staatskanzlei
Politische Gruppe: EVP
info@sk.sachsen.de | www.europa.sachsen.de
f /Freistaat.Sachsen | t /SachsenDe



Sachsen-Anhalt



Mitglied
Dr. Michael Schneider

„Die Europäische Union ist eine historisch einmalige Gemeinschaft. Sie verbessert das Leben der Europäer in vielerlei Hinsicht. Gleichwohl muss sie sich nahezu permanent mit Akzeptanzproblemen auseinandersetzen. Aus diesem Dilemma führt nur ein Weg: Das, was die EU effizienter leisten kann als jeder einzelne Mitgliedstaat allein, muss überzeugend verwirklicht werden. Daran wirken wir im Ausschuss der Regionen mit, indem wir die Sichtweise der kommunalen und regionalen Ebene in den europäischen Meinungsbildungsprozess einspeisen. Unsere Stärke ist die spezifische Erfahrung, wie sich EU-Recht in der Realität auswirkt. Daraus leiten sich unsere Empfehlungen ab. Ihre Berücksichtigung vergrößert die Bürgernähe, die Qualität von Entscheidungen der EU und damit deren Akzeptanz.“

Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten;
Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund
Mitglied der Fachkommissionen CIVEX und COTER
Politische Gruppe: EVP
Michael.Schneider@lv.stk.sachsen-anhalt.de
🐦 /MSchneiderEPP



Stellvertretendes Mitglied
Ralf Geisthardt

„Ich wünsche mir ein Europa der Vaterländer (de Gaulle), keinen Aufwuchs um Staaten, die weder wirtschaftlich noch politisch den vereinbarten Normen genügen, Rückbesinnung auf solide Finanzpolitik und viel mehr Subsidiarität der Nationalstaaten und Regionen.“

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
Politische Gruppe: EVP
Ralf.Geisthardt@CDU.LT.Sachsen-Anhalt.de



Sachsen-Anhalt



Mitglied
Tilman Tögel

„Seit 1990 gehört Sachsen-Anhalt zur Europäischen Union und hat in großem Umfang von der europäischen Unterstützung profitiert! Offene Grenzen in einem friedlichen und vereinten Europa der Regionen, die Einhaltung der europäischen Grundwerte, die Menschenrechte und die Solidarität sind Grundpfeiler für eine handlungsfähige und lebenswerte Gemeinschaft. Dies zu erhalten und zu entwickeln, ist immer wieder eine Herausforderung, der ich mich im AdR gerne stelle!“

Mitglied des Kreistages von Stendal
Mitglied der Fachkommissionen NAT und SEDEC
Politische Gruppe: SPE
titoe@t-online.de
 /tilman.togel



Stellvertretendes Mitglied
Sören Herbst

„Wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, müssen wir auch über die Zukunft Osteuropas sprechen. Die Regionen und Städte Ostdeutschlands haben ähnliche Transformationsprozesse durchlaufen wie heute unsere osteuropäischen Nachbarn. Während sich der Osten Deutschlands auf seinen starken Partner im Westen verlassen konnte, haben die Länder Ost- und Südosteuropas diesen natürlichen Partner nicht. Deshalb muss die Europäische Union eine solche Rolle übernehmen. Nur gemeinsam werden wir langfristig eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa erreichen.“

Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg
Politische Gruppe: EVP
 /soeren_herbst



Schleswig-Holstein



Mitglied
Regina Poersch

„60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge hat Europa viele Sorgen: Brexit, Rechtspopulisten, die Europa am liebsten ganz abschaffen wollen, sollen die Existenz der Europäischen Union in Frage stellen. Aber die europäische Idee lebt! Die Idee von einem friedlichen, sozialen, geeinten Europa. Nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft, sondern als Wertekonzept, das in der Welt seinesgleichen sucht. Ein modernes Europa ist ein solidarisches und soziales Europa. Als Schleswig-Holsteinerin liegt mir die Ostseeregion als soziale und ökologische Modellregion in der Mitte Europas sehr am Herzen. Gemeinsam entwickeln wir die integrierte maritime Politik kontinuierlich weiter.“

Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Mitglied der Fachkommissionen NAT und COTER
Politische Gruppe: SPE
f /ReginaPoerschLTSH
t /regina_poersch



Stellvertretendes Mitglied
Dr. Sabine Sütterlin-Waack

„Europa steht vor großen Herausforderungen! Herausforderungen, die wir nur gemeinsam angehen können – Digitalisierung, Migration und Industrie 4.0 sind solche Themen, die alle Regionen Europas betreffen.

Wir in Schleswig-Holstein als Scharnier zwischen Skandinavien und Mitteleuropa wissen besonders, wie bedeutend dabei die Zusammenarbeit der Regionen ist. Wir sind der Überzeugung, dass nur auf diese Weise der europäische Gedanke vollständig verwirklicht werden kann. In Vielfalt geeint! Das muss unser Europa sein!

Deswegen ist es so bedeutend, dass wir im Ausschuss der Regionen gemeinsam eine laute Stimme und zukunftsfähige Lösungsansätze für die drängenden Herausforderungen in der Europäischen Union finden.“

Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein
Politische Gruppe: EVP
Sabine.Suetterlin-Waack@jumi.landsh.de
f /DrSabineSutterlinWaack/



Thüringen



Mitglied
Dr. Babette Winter

„Wir müssen mehr für den Zusammenhalt tun und für das Gefühl, dass wir zusammengehören in Europa. Kultur ist dafür geeignet. Wir in Thüringen mit unserer Kulturgeschichte wissen um die vielen kulturellen Verbindungen in Europa. Gerade jetzt, wo wir so sehr um die Zukunft der EU ringen, kann und soll das Europäische Kulturerbejahr 2018 das Leitbild der EU „In Vielfalt geeint“ uns allen deutlich machen.“

Staatssekretärin für Kultur und Europa in der Thüringer Staatskanzlei
Mitglied der Fachkommissionen SEDEC und ENVE
Politische Gruppe: SPE
 /babette.winter.9



Stellvertretendes Mitglied
Dieter Lauinger

„Europa, das ist für mich mehr als Institutionen und Binnenmarkt. Europa ist Freiheit, ist ein hoffnungsvoller Gedanke – es ist mehr als ein Begriff, mehr als ein theoretisches Konstrukt. Ich lebe Europa jeden Tag – es ist Chance und Aufgabe zugleich – es ist ein Lebensgefühl, das uns täglich umgibt. Europa ist ein Garant für Frieden und Freiheit, den es jeden Tag zu verteidigen gilt. Denn Vergangenheit und Gegenwart veranschaulichen uns bald täglich: Frieden und Freiheit sind keineswegs selbstverständlich.“

Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
des Freistaats Thüringen
Politische Gruppe: SPE
www.thueringen.de/th4/tmmjv/index.aspx
 /tmmjv/



Thüringen



Mitglied
Marion Walsmann

„Als im Thüringer Landtag gewähltes Mitglied für den AdR in Brüssel vertrete ich die Interessen der in den Städten und Gemeinden lebenden Thüringer Bürgerinnen und Bürger.

Es ist mir wichtig, dass die Besonderheiten unseres Bundeslandes bei den Entscheidungen im Ausschuss der Regionen Beachtung finden.

Ebenso möchte ich den Menschen in Thüringen die Europäische Union näherbringen; weil wir Europa nur gemeinsam gestalten können.“

Mitglied des Thüringer Landtags
Mitglied der Fachkommissionen COTER und NAT
Politische Gruppe: EVP
 /marion.walsmann



Stellvertretendes Mitglied
Dorothea Marx

„Man ist in Europa ein Mal Staatsbürger und zweiundzwanzig Mal Ausländer. Wer weise ist: dreiundzwanzig Mal.“

Kurt Tucholsky „Paul Panther“, Die Weltbühne, 25.11.1924

„Grenzen überwinden ist und bleibt unsere wichtigste Aufgabe.“

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Politische Gruppe: SPE
www.marx-heute.de
 /dorothea.marx.5



DEUTSCHER LANDKREISTAG

Deutscher Landkreistag



Mitglied
Bernd Lange

„Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Die Landkreise in Deutschland sowie deren Bürger und die dort ansässigen mittelständischen Unternehmen profitieren von ihren Vorzügen. So tragen z.B. die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auch in Deutschland wesentlich dazu bei, dass Projekte durchgeführt werden, die ohne die Förderung weitaus schwieriger zustande gekommen wären. Um die EU künftig noch besser zu machen, muss sie in ihrer Arbeit bürgernäher werden; gleichzeitig müssen die Errungenschaften und Vorteile der Union stärker in das Bewusstsein der Bürger gebracht werden. Beides kann nur durch eine wirksame(re) Einbeziehung der Kommunen gelingen.“

Landrat des Landkreises Görlitz
Mitglied der Fachkommissionen ECON und COTER
Politische Gruppe: EVP
 /landkreis.gr/



Stellvertretendes Mitglied
Thomas Habermann

„Der AdR gibt den kommunalen Gebietskörperschaften die Möglichkeit, aktiv am europäischen Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken. Das ist wichtig, da ein Großteil der europäischen Vorgaben auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden muss. Wir müssen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission dafür sorgen, dass Gesetzgebung geschaffen wird, die von den kommunalen Behörden vor Ort ohne großen zusätzlichen Aufwand umgesetzt werden kann und die auch die breite Akzeptanz von den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedsstaaten erfährt. Dazu ist der AdR im Gefüge der Europäischen Institutionen zu stärken! Ich setze mich zudem dafür ein, dass die Europäische Union insbesondere in der Wirtschaftspolitik künftig stärker auf die Bedürfnisse der Kommunen eingeht. Unser aller Ziel muss die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen Europas sein.“

Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld
Politische Gruppe: EVP
www.rhoen-grabfeld.de
www.thomas-habermann.de
landrat@rhoen-grabfeld.de
 /rhoengrabfeld



Mitglied
Dr. Peter Kurz

„Die gegenwärtige Krise der Europäischen Union ist vor allem eine Legitimationskrise. Soll die Union in dieser Phase wieder an politischer Legitimität gewinnen, gilt es zum einen, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Zum anderen muss sich die EU in Gesetzgebung und Verwaltungsvollzug auf diejenigen Aufgaben fokussieren, deren Erledigung zu einem echten europäischen Mehrwert führt. Dem Ausschuss der Regionen als „Hüter des Subsidiaritätsprinzips“ kommt hierbei eine entscheidende Rolle im Institutionengefüge der EU zu. Zugleich sind es gerade die durch den AdR zu vertretenen Städte und Gemeinden, die – als bürger-nächste Ebene – die Bedeutung und die Vorteile des europäischen Integrationsprozesses am besten vermitteln und den Zusammenhalt in Europa stärken können. Ihre Rolle ist zu stärken.“

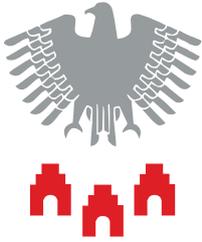
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Politische Gruppe: SPE
ob.kurz@mannheim.de
 /peter.kurz1/
 /lebenimquadrat



Stellvertretendes Mitglied
Marcel Philipp

„Unsere Städte werden immer bunter, internationaler und ganz im Sinne des „Pulse of Europe“ auch europäischer. Meine Heimatstadt Aachen ist zudem im Dreiländereck ein Paradebeispiel für die Bedeutung des Einigungsprozesses für die Bürgerinnen und Bürger durch den Abbau von Grenzen jeglicher Art. Diesen städtischen und regionalen Blick bringen wir mit nach Brüssel: Europas Einheit in Vielfalt spiegelt den Alltag der Menschen wider, die sich von der europäischen Politik eine Festigung des Friedens und einen konkreteren Bezug zu ihren Sorgen und Perspektiven wünschen.“

Oberbürgermeister der Stadt Aachen
Politische Gruppe: EVP
Marcel.Philipp@mail.aachen.de



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Mitglied
Dr. Eckhard Ruthemeyer

„Städtepartnerschaftsarbeit stärken - die Menschen für Europa gewinnen!“

Gerade der Brexit ist Anlass für einen neuen europäischen Schwung. Städte- und Schulpartnerschaften, Jugendaustausch, das ist europäische Völkerverständigung im besten Wortsinne und Quelle eines europäischen Bewusstseins. Vor Ort können die Menschen für Europa gewonnen werden. Dies stärkt zudem die Partnerschaft von Europa und Kommunen für ein faires Miteinander und Mitbauen auf Augenhöhe am Europäischen Haus. In dem gelebte Subsidiarität und kommunales Selbstverwaltungsrecht so selbstverständlich sind wie die erfolgreiche europäische Integration selbst. Starke Städte und Gemeinden für ein starkes Europa – dies ist so aktuell wie selten zuvor in der Geschichte der EU!“

Bürgermeister der Stadt Soest
Politische Gruppe: EVP
e.ruthemeyer@soest.de



Stellvertretendes Mitglied
Heijo Höfer

„Ich durfte mein gesamtes bisheriges Leben in Frieden, Freiheit und mit beständig wachsendem wirtschaftlichen Wohlstand verbringen. Meine Kinder bekamen eine gute Ausbildung, sie genossen eine umfassende Bildung, auch außerhalb ihres Heimatlandes Deutschland.“

Durch Städtepartnerschaften gewannen meine Familie und ich viele Freunde in Frankreich, Spanien und Polen. Mein Amt als Stellvertretendes Mitglied des AdR führte mich in zahlreiche europäische Länder, in denen ich die Menschen näher kennenlernen durfte und etwas über ihr Leben erfuhr.

Das alles hat mir und uns die Europäische Union ermöglicht und erleichtert. Ich bin froh, dass es sie gibt.“

Stadtbürgermeister von Altenkirchen (Westerwald)
Politische Gruppe: SPE
[f /profile.php?id=100010865322850](https://www.facebook.com/profile.php?id=100010865322850)

Deutsche Mitglieder mit besonderen Funktionen im AdR



Barbara Duden

Präsidentin der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX)

Barbara Duden ist die Vize-Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft.

Seit Oktober 2011 arbeitet Barbara Duden als durch die Hamburgische Bürgerschaft gewähltes Vollmitglied des AdR in den Fachkommissionen CIVEX und COTER (Kohäsionspolitik und EU-Haushalt) mit.

Von 2015 bis Oktober 2017 war sie SPE-Koordinatorin in der Fachkommission CIVEX und im Juni 2015 Berichterstatterin für die Initiativstellungnahme „Fair Trade“. Am 20. September 2017 wurde sie zu deren Präsidentin gewählt.



Dr. Babette Winter

Vorsitzende der deutschen SPE-Gruppe

Dr. Babette Winter ist seit Januar 2015 Mitglied im AdR und dort in den Fachkommissionen SEDEC (Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur) sowie ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie) aktiv.

Sie ist Vorsitzende der deutschen SPE-Gruppe. Die SPE-Fraktion ist ein Mehrparteienzusammenschluss und vereint sozialdemokratische, sozialistische sowie in Arbeiter- und Fortschrittsparteien organisierte Vertreter*innen von Kommunen und Regionen der EU. Aus Deutschland sind neben Vertreter*innen der SPD auch Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dabei.

Die deutsche SPE-Gruppe trifft sich regelmäßig vor Plenarsitzungen des AdR zum Informationsaustausch und zur politischen Koordinierung anstehender Tagesordnungspunkte der Plenarsitzung sowie zur Vor- und Nachbereitung der dem Plenum vorangehenden Präsidiumssitzung und der SPE-Fraktionssitzung.

Neben ihrer Funktion als Vorsitzende der Deutschen SPE-Gruppe ist Dr. Babette Winter Stellvertreterin „ad personam“ von Ulrike Hiller im AdR-Präsidium.



Helma Kuhn-Theis

Stellvertretendes Mitglied des Präsidiums

AdR-Mitglied Helma Kuhn-Theis gehört dem Gemeinderat von Weiskirchen/Saarland an.

Im Landtag des Saarlandes ist Helma Kuhn-Theis Vorsitzende des Europaausschusses. Darüber hinaus ist sie Mitglied des interregionalen Parlamentarierrates der Parlamente der Großregion SaarLorLux.

Sie ist Stellvertreterin „ad personam“ von Heinz Lehmann im Präsidium des AdR.

In der Fachkommission SEDEC des AdR hatte Helma Kuhn-Theis 2015 die Berichterstattung zum Digitalen Binnenmarkt übernommen, einem zukunftsweisenden Thema, das ihr insbesondere für den ländlichen Raum am Herzen liegt. Durch die Stellungnahme wurde u.a. die Idee einer Breitbandplattform angestoßen.

Sie ist Mitglied der interregionalen Gruppe SaarLorLux, einer der ersten interregionalen Gruppen im Ausschuss, die 2003 auf saarländische Initiative gegründet wurde. In ihr finden sich die AdR-Mitglieder aus den Partnerregionen der Großregion SaarLorLux zusammen.



Heinz Lehmann

*Vizepräsident des AdR
und Mitglied des Präsidiums*

Heinz Lehmann, Mitglied des Sächsischen Landtages und Vizepräsident des AdR, vertritt seit zwei Mandatsperioden Sachsen im AdR. Sachsen ist ein Land mit vielen Facetten, die sich auch in den einzelnen regionalen und lokalen Besonderheiten und Herausforderungen widerspiegeln, besonders die Aufbauleistung nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigungsprozess haben in Sachsen den Blick immer in Richtung Zukunft gelenkt. Heute sind innovative Bereiche wie die Automobil- und Mikrochipindustrie sowie eine breitgefächerte Forschungs- und Ausbildungslandschaft der Garant für eine wachsende und global agierende Wirtschaft. Dabei ist die europäische Kohäsionspolitik ein wichtiger Anker.

Heinz Lehmann verknüpft sein europäisches Denken im AdR mit den besonderen Herausforderungen seiner Heimatregion, der Oberlausitz. Hier spielen Tradition, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien sowie die Neuaufstellung der Region aus industriepolitischer Sicht eine große Rolle.

Als Berichterstatter der Fachkommission ECON (Wirtschaftspolitik) zum Thema „Zukunft der europäischen Industriepolitik“ kann Heinz Lehmann europäische und regionale Akzente setzen, besonders wenn er als Vizepräsident des AdR die Positionen vorstellen kann, wie beispielsweise vor den Europäischen Wirtschaftsministern auf dem informellen Wettbewerbsfähigkeitsrat in Sofia am 1. Februar 2018.



Dr. Michael Schneider

*Vorsitzender der EVP-Fraktion
und Mitglied des Präsidiums*

Staatssekretär Dr. Michael Schneider vertritt Sachsen-Anhalt seit 2002 im AdR. Sein besonderes Augenmerk gilt hier der Unterstützung der Regionen und Kommunen bei der Umsetzung der in den Verträgen festgeschriebenen Ziele der Union durch die EU-Ebene. Bereits mehrfach war er Berichterstatter für grundlegende Stellungnahmen des AdR zur Kohäsionspolitik und zur Folgenabschätzung. So verabschiedete der AdR zuletzt im Mai 2017 die von ihm maßgeblich ausgearbeitete Stellungnahme „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“.

Staatssekretär Dr. Michael Schneider war von 2008 bis 2010 Präsident der Fachkommission COTER, wurde im Januar 2010 von der EVP-Fraktion im AdR zu ihrem Vorsitzenden gewählt und ist seither in diesem Amt tätig. Gleichzeitig ist er Mitglied des Präsidiums des AdR.

Daneben ist er seit Juli 2012 Koordinator des Netzwerks für Subsidiaritätskontrolle und Vorsitzender der Steuerungsgruppe Subsidiarität. Ab 2018 ist Dr. Michael Schneider für den AdR zudem zum Mitglied der von Kommissionspräsident Juncker eingesetzten Task-Force für Subsidiarität, Proportionalität und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ berufen, die bis Mitte Juli 2018 Empfehlungen zur besseren Anwendung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der Arbeit der EU-Organe abgeben wird. Die Task-Force soll auch Vorschläge unterbreiten, wie die lokalen und regionalen Behörden als bürgernäheste staatliche Ebenen in der EU besser in die Politikvorbereitung und Weiterverfolgung auf EU-Ebene eingebunden werden sollen.



Mark Weinmeister

Koordinator der Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT) für die EVP-Fraktion und Vorsitzender der deutschen EVP-Gruppe

Staatssekretär Mark Weinmeister hatte bis Juli 2017 die Koordination der EVP-Fraktion in der Fachkommission NAT inne. Das heißt, dass die politische Position der EVP-Fraktion in der NAT maßgeblich von ihm definiert wurde. Diese Funktion bedeutete eine noch stärkere Möglichkeit der Wahrnehmung der Interessen der deutschen Länder im AdR. So konnte der Koordinator über die Vergabe von Berichterstattungen im Namen der Fraktion entscheiden, das Abstimmungsverhalten der Fraktion federführend koordinieren, sowie gemeinsam mit den Koordinatoren der anderen Fraktionen über die Auftragsvergabe von Studien und über die Ausrichtung von auswärtigen Fachkommissionssitzungen, Seminaren und Exkursionen entscheiden. Seit September 2017 ist Staatssekretär Mark Weinmeister nach der turnusgemäßen Übergabe der Koordination der EVP-Fraktion zweiter stellvertretender Vorsitzender der NAT-Fachkommission. Der stellvertretende Vorsitzende leitet die Sitzung, sollte der Vorsitzende verhindert sein.

Staatssekretär Mark Weinmeister ist seit Beginn der neuen Mandatsperiode Vorsitzender der deutschen EVP-Gruppe. Er leitet damit die Sitzungen der Gruppe vor den jeweiligen Plenarsitzungen, bestimmt die Tagesordnung und kann Vorhaben koordinieren, die über die Gruppe hinaus in der Fraktion, im Plenum oder in der Gesamtdelegation verfolgt werden sollten.



Ulrike Hiller

Vorsitzende der Deutschen Delegation und Mitglied des Präsidiums

Die Bremer Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Staatsrätin Ulrike Hiller, wurde am 12. Juli 2017 zur Vorsitzenden der Deutschen Delegation gewählt und wurde damit auch Mitglied des AdR-Präsidiums. Damit hat das Land Bremen den Vorsitz der Deutschen Delegation für 2 ½ Jahre übernommen. Als Vorsitzende ist es ihr wichtig, zum einen die deutschen Interessen im AdR engagiert zu vertreten, und zum anderen den AdR in Deutschland bekannter zu machen.

Darüber hinaus ist sie Mitglied in den Fachkommissionen für ENVE und SEDEC sowie der Arbeitsgruppe „Türkei“. In der FK SEDEC war sie im Jahr 2017 Berichterstatteerin zum Thema „Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit“. In dieser Stellungnahme setzt sich der AdR für eine freie und faire Arbeitskräftemobilität ein: Mobile Bürger*innen dürfen ihren Sozialschutz beim Umzug in einen anderen Mitgliedstaat nicht verlieren, es muss Rechtssicherheit für Grenzgänger*innen geben und Pflegebedürftigen dürfen keine unnötigen bürokratischen Hindernisse entstehen.



AdR-Bürgerdialoge in Deutschland



AdR-Bürgerdialog „Leben, lernen und arbeiten im Grenzraum: Was leistet Europa?“ am 23. Mai 2017 in Görlitz, Sachsen

Auf Initiative des sächsischen Mitglieds im AdR und Vizepräsidenten des AdR, Heinz Lehmann (MdL), fand am 23. Mai 2017 in Görlitz ein EU-Bürgerdialog zum Thema »Leben, lernen und arbeiten im Grenzraum: Was leistet Europa?« statt.

Im Augustum-Annen-Gymnasium diskutierten zunächst am Vormittag 150 Görlitzer Schüler*innen der 11. Klassen mit Bundes- und Landespolitiker*innen, Vertretern der Europäischen Kommission, dem Görlitzer Landrat und Erasmusstudierenden über die Zukunft Europas.

Die Podiumsdiskussion lag komplett in der Hand von Schülermoderatoren. Die Politiker*innen zeigten sich beeindruckt von der guten Vorbereitung der Schüler*innen und ihren Fragen. So wollten diese wissen, warum die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht aufgeben oder wie mit den unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Flüchtlingen umzugehen sei. Auch der Brexit und dessen Folgen, z.B. ganz konkret für die Aufnahme eines Studiums im Vereinigten Königreich, waren ein Thema. In vier kleineren Gruppen wurden nach der Podiumsdiskussion Fragen wie „Worauf gründet unser Europa?“ oder „Welche EU wollen und brauchen wir?“ erörtert. Dabei war von Europaskepsis bei den Diskussionen nichts zu spüren, sondern eher von einem Bemühen um konkrete Verbesserungen des gemeinsamen Handelns in Europa. Klar wurde allerdings auch, dass es Veränderungen geben müsse, ein „Weiter so!“ war keine Option für die jungen Leute.

Im Beruflichen Schulzentrum Christoph Lüders in Görlitz trafen sich anschließend Projektpartner aus Sachsen, Polen und Tschechien, um ihre Kooperationen und Projekte der Europäischen Kommission vorzustellen, zu diskutieren und sich Anregungen für zukünftige Projekte zu holen.

Am Abend diskutierten im Beruflichen Schulzentrum Christoph-Lüders Görlitzer Bürger*innen u. a. mit Politikern aus der Region zur Bedeutung Europas für die Region. Nach der Vorstellung verschiedener grenzüberschreitender Projekte stellten sich die Politiker den Fragen der Bürger*innen. Neben Stephan Kühn (Bündnis 90/Die Grünen, MdB) und dem Görlitzer Landrat und AdR-Mitglied Bernd Lange nahm Walter Deffaa, früherer Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, an der Diskussion teil. Dieser setzte sich

nachdrücklich für die Beibehaltung der Strukturförderung ein. Es sei klar, dass die EU neue Aufgaben wahrnehmen müsse, dazu gehörten die verstärkten Maßnahmen zur Sicherheit in Europa, die Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Umgang mit den Mindereinnahmen nach dem Brexit, doch dabei müssten sich die Regionen auch für die Fortsetzung der Kohäsionspolitik stark machen. Ein Teilnehmer, engagiert auch bei "Pulse of Europe", hielt eine flammende Rede für Europa. Den europäischen Gedanken zu leben, dazu sei kaum eine Stadt besser geeignet als die Europastadt Görlitz/Zgorzelec.



**AdR-Bürgerdialog am
17. Juni 2017 in Erfurt, Thüringen**

Unter dem Leitgedanken „EU - Was muss sich ändern?“ diskutierten im Rahmen des AdR-Bürgerdialogs am 17. Juni 2017 im Plenarsaal des Thüringer Landtags zahlreiche Bürger*innen über die Zukunft der Europäischen Union mit folgenden AdR-Mitgliedern: Dr. Herwig van Staa, Präsident des Tiroler Landtags, Dr. Babette Winter, Staatssekretärin für Kultur und Europa in der Thüringer Staatskanzlei, Marion Walsmann, MdL, europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Kata Tüttö, Stadträtin im XII. Bezirk von Budapest, sowie dem Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Richard Kühnel.

Die europäische Politik werde als zu „elitär“ wahrgenommen, sagte eine Studentin. Sie wünsche sich, dass intensiver und bürgernäher für politische Ideen und das Engagement in der Politik geworben werde, auf nationaler und europäischer Ebene. Ein junger Unternehmer verwies darauf, dass junge Menschen positiv gegenüber Europa eingestellt seien, aber sie den Institutionen misstrauten. Letztere müssten sich öffnen und neue Wege der Kommunikation finden. Ältere Menschen dagegen seien europakritischer. Sie zu überzeugen sei schwieriger, zumal diese Kritik häufig mit Ängsten einhergehe: Ängste vor der Globalisierung, vor Überfremdung, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor Veränderung – Ängste, die Populisten für sich nutzen würden.

Dieses Petikum teilten viele der 140 Teilnehmer*innen des Bürgerdialogs. Die EU müsse die Ängste der Bürger*innen ernst nehmen und Lösungen finden. Dies erfordere von den nationalen Regierungen, solidarisch zu handeln. Auch müssten sie aufhören, die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen Brüssel zuzuweisen und Erfolge der EU bei den nationalen Regierungen zu verorten.

Die anwesenden Mitglieder des AdR zeigten sich dankbar für die intensive Diskussion und die zahlreichen Anregungen der Bürger*innen, die sie in die

Debatte des AdR einbringen wollen. Sie wiesen darauf hin, dass angesichts der globalen Herausforderungen die Aufgaben der EU größer würden, mit dem Brexit die EU jedoch kleiner werde und mit weniger Haushaltsmitteln auskommen müsse. Umso wichtiger sei die Diskussion um die Zukunft der EU, die mit den Bürger*innen geführt werden müsse, auch um Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Über den AdR könnten regionale und lokale Belange eingebracht werden. Dieses sollte stärker genutzt werden.



AdR-Bürgerdialog „Nachdenken über Europa“ am 5. September 2017 in Hannover, Niedersachsen

Wie soll es weitergehen mit der Europäischen Union? Wie stellen sich die Bürger*innen ihre zukünftige EU vor? Wie sollen Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union verteilt werden? Wollen wir mehr oder weniger Europa?“ – Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Bürgerdialogs, den das Europäische Informations-Zentrum Niedersachsen und die Region Hannover zusammen mit dem AdR am 5. September 2017 in Hannover veranstalteten.

Die AdR-Mitglieder Ministerin Birgit J. Honé (Niedersachsen) und Staatsrätin Ulrike Hiller (Bremen) stellten sich den Fragen des Publikums zu europäischen Themen. Dank des interaktiven Fragetools Sli.do konnten vor und während des Bürgerdialogs online Fragen gestellt werden, so dass die Fragerunden strukturiert gestaltet werden konnten.

Die im Plenum diskutierten Fragen bezogen sich auf die konkrete Wirkungsweise des AdR in der EU, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Projekte für junge Menschen, um Europa mitzugestalten, die EU-Fördergelder für Niedersachsen sowie die Öffentlichkeitsarbeit über Europa. In einer weiteren Fragerunde wurden die Auswirkungen des Brexit, die Fluchtursachenbekämpfung, das Demokratiedefizit der EU sowie die Frage, ob der Einfluss des AdR auf die Europäische Kommission ausreichend ist, erörtert. Zum Schluss wurden alle Redner*innen um eine kurze Stellungnahme zu der Frage gebeten, wie die EU demokratischer wahrgenommen werden kann.

In einer letzten Umfrage stimmte das Publikum über die fünf Weißbuchsznarien zur Zukunft der EU ab, dabei erzielte das fünfte Szenario, welches eine verstärkte Zusammenarbeit auf allen Ebenen der EU vorsieht, mit 72 Prozent die höchste Zustimmung.



**AdR-Bürgerdialog „KulturRAUM
Europa - Perspektiven für 2025“
am 28. Oktober 2017
in Magdeburg, Sachsen-Anhalt**

Der erste AdR-Bürgerdialog in Sachsen-Anhalt stand ganz im Zeichen der Kultur als universale, verbindende Kraft auf unserem europäischen Kontinent. Als sachsen-anhaltische AdR-Mitglieder luden Staatssekretär Dr. Michael Schneider und Sören Herbst, Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg, ins Magdeburger Opernhaus ein, um den Prozess „Nachdenken über Europa“ entlang des Meta-Themas Kultur zu bereichern. Im Laufe des Vormittages entwickelte sich ein lebendiger, auch kritischer Dialog entlang der Frage, wie kulturelle Angebote und grenzüberschreitende Zusammenarbeit dazu beitragen können, das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union zu stärken.

Edilia Gänz, Direktorin der Oper- und Ballettvereinigung FEDORA mit Sitz in Paris, Dr. Gabriele Köster, Direktorin des Kulturhistorischen Museums Magdeburgs, Sandro Viroli, Direktor des MDR-Landesfunkhauses Sachsen, sowie Tamas Szalay, Leiter des Organisationsbüros für die Bewerbung Magdeburgs zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025, bereicherten die Diskussion mit ganz konkreten Erlebnissen aus ihrer Arbeitspraxis. Sie berichteten von der Kraft, die Themen wie das Magdeburger Stadtrecht, Kooperationen mit Medienschaaffenden in Osteuropa oder transnationale Bühnenprojekte entfalten können- ein Potential, das seine Wirkung aus den Regionen Europas heraus entfaltet und Menschen in ganz Europa berührt und vernetzt.

Höhepunkte des Bürgerdialoges waren der Europäische Markt der Möglichkeiten, auf dem sich zahlreiche Verbände und Vereine vorstellten, sowie ein Europäisches Konzert des Theaters Magdeburg, bei dem unter anderem Kammersängerin Undine Dreißig, das Rossini-Quartett Magdeburg sowie Solist*innen Werke aus der Feder europäischer Komponisten zur Geltung brachten. Telemann, Dvořák, Rossini, Wagner, Kálmán und andere wurden durch die Magdeburger Solist*innen im Wagnerfoyer des Opernhouses zu großartiger Entfaltung gebracht.

Liste der Stellungnahmen deutscher Berichterstatter*innen

Auflistung der bisherigen deutschen Stellungnahmen in der 6. AdR-Mandatsperiode 2015 bis Mitte 2018 (auch von den Mitgliedern, die den AdR zwischenzeitlich verlassen haben)

- o **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)**
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Markus Töns** (Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, DE/SPE)
- o **Die Meeresumwelt besser schützen**
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Dr. Hermann Kuhn** (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, DE/SPE)
- o **Förderung des fairen Handels in Europa auf der lokalen und regionalen Ebene**
Initiativstellungnahme, Berichterstatterin: **Barbara Duden** (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, DE/SPE)
- o **Entscheidungsprozess in Bezug auf genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel**
Berichterstatter: **Mark Weinmeister** (Staatssekretär für Europaangelegenheiten des Landes Hessen, DE/EVP)
- o **Digitaler Binnenmarkt**
Initiativstellungnahme; Berichterstatterin: **Helma Kuhn-Theis** (Mitglied des Gemeinderats Weiskirchen, DE/EVP)
- o **Die lokale und regionale Dimension des Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (TISA)**
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Helmuth Markov** (Mitglied der Landesregierung Brandenburg, Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, DE/SPE)
- o **Konkrete Schritte zur Umsetzung der EU-Städteagenda**
Berichterstatterin: **Hella Dunger-Löper** (Staatssekretärin, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Europabeauftragte, DE/SPE)
- o **Stahlindustrie - Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa**
Berichterstatterin: **Isolde Ries** (1. Vize-Präsidentin des saarländischen Landtages, DE/SPE)
- o **Staatliche Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Markus Töns** (Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, DE/SPE)
- o **Die europäische Säule sozialer Rechte**
Berichterstatter: **Heinz-Joachim Höfer** (Bürgermeister von Altenkirchen, DE/SPE)
- o **Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik**
Initiativstellungnahme, Berichterstatterin: **Anne Quart** (Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz, Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, DE/SPE)
- o **Das europäische Einlagenversicherungssystem (EDIS)**
Berichterstatter: **Hans-Jörg Duppre** (Landrat des Landkreises Südwestpfalz, DE/EVP)
- o **Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft**
Berichterstatterin **Dr. Babette Winter** (Staatssekretärin für Europa und Kultur in der Thüringer Staatskanzlei, DE/SPE)
- o **Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020**
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Dr. Michael Schneider** (Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, DE/EVP)
- o **Die lokale und regionale Dimension der Bioökonomie und die Rolle der Städte und Regionen**
Initiativstellungnahme, Berichterstatterin: **Katrin Budde** (Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, DE/SPE)
- o **Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit**
Initiativstellungnahme, Berichterstatterin: **Ulrike Hiller** (Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, DE/SPE)
- o **Eine europäische Industriestrategie: Rolle und Perspektive der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften**
Berichterstatter: **Heinz Lehmann** (Mitglied des sächsischen Landtages, DE/EVP)
- o **Das Kulturerbe als strategische Ressource für nachhaltigere Regionen mit einem größeren Zusammenhalt in der EU***
Berichterstatterin: **Dr. Babette Winter** (Staatssekretärin für Europa und Kultur in der Thüringer Staatskanzlei, DE/SPE)
- o **Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch***
Berichterstatter: **Mark Weinmeister** (Staatssekretär für Europaangelegenheiten der hessischen Staatskanzlei, DE/EVP)
- o **Ergebnisse der Östlichen Partnerschaft bis 2020: Der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften***
Initiativstellungnahme, Berichterstatter: **Sören Herbst** (Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg, DE/EVP)
- o **Transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU***
Berichterstatterin: **Isolde Ries** (Erste Vizepräsidentin des Landtages des Saarlandes, DE/SPE)

Photos copyrights:

- Profifoto Franz Rieger (Bayern): © Birgitt Schlauderer
- Coverfoto Bremen: © Pia Menning
- Profifoto Jan Pörksen (Hamburg): © Bina Engel
- Profifoto Katy Hoffmeister (Mecklenburg-Vorpommern): © Ecki Raff
- Profifoto Mark Speich (Nordrhein-Westfalen): © R. Sondermann
- Profifoto Oliver Schenk (Sachsen): © Pawel Sosnowski
- Profifoto Michael Schneider (Sachsen-Anhalt): © Hatim Kaghat
- Profifoto Michael Schneider auf Seite 13: © Denis Closon
- Foto Seite 13: © www.mediaserver.hamburg.de /Andreas Vallbracht

* Zum Zeitpunkt des Drucks war die Stellungnahme noch nicht durch das AdR-Plenum verabschiedet.



Europäischer Ausschuss der Regionen

Was ist der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR)?

Der AdR ist eine Einrichtung der Europäischen Union (EU), die die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vertritt. Seine Mitglieder sind gewählte Regional- und Kommunalvertreter und tragen zum EU-Rechtsetzungsprozess bei.

Die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen



Der Präsident

Karl-Heinz LAMBERTZ
(aus Eupen/BE)

Amtszeit: 2,5 Jahre

- leitet die Arbeiten des AdR
- führt den Vorsitz bei den Plenartagungen
- vertritt den AdR offiziell

Der Erste Vize-Präsident

Markku MARKKULA
(aus Espoo/FI)

Amtszeit: 2,5 Jahre

- leitet gemeinsam mit dem Präsidenten die Arbeiten des AdR

Die Plenarversammlung

Die AdR-Mitglieder kommen **5 bis 6 Mal** jährlich für 2-3 Tage in Brüssel zusammen, um über Stellungnahmen abzustimmen und diese zu verabschieden.

5 Politische Schwerpunkte



Die Regionen und Städte als Motoren der EU-Wirtschaft

38



Die Bedeutung der territorialen Dimension der EU-Rechtsvorschriften



Ein einfacheres, stärker vernetztes Europa



Stabilität und Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen

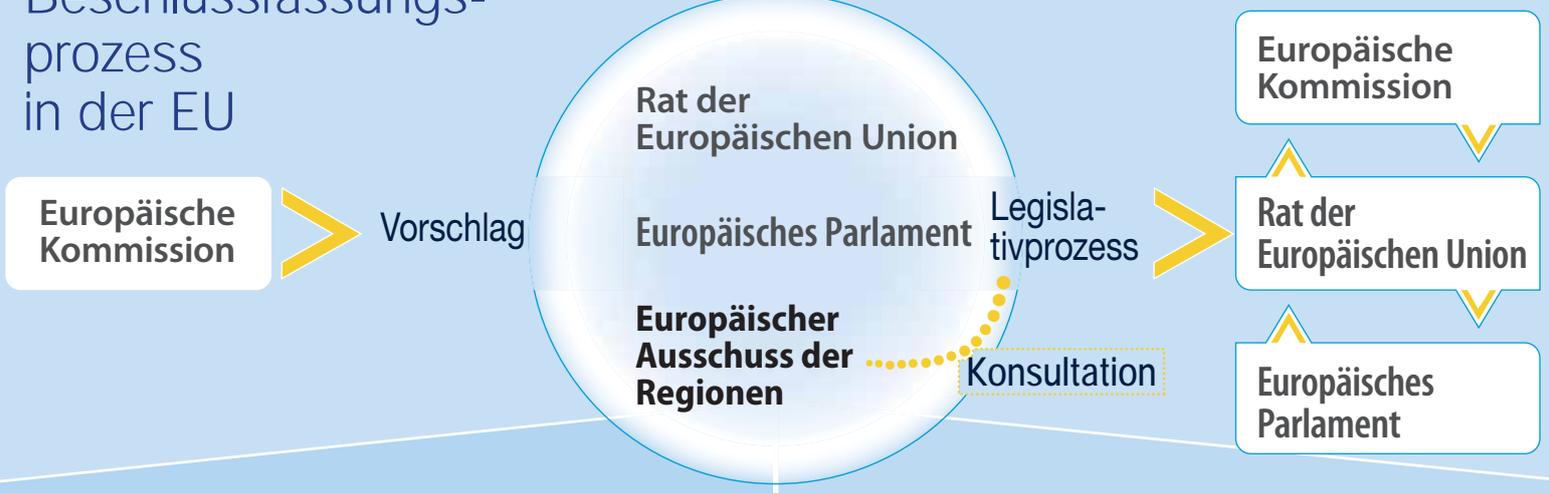


Das Europa der Bürgerinnen und Bürger ist das Europa der Zukunft

Der Beschlussfassungsprozess in der EU

Die EU-Institutionen erarbeiten ihren Standpunkt

Beschlussfassung



Obligatorische Anhörung des AdR

Öffentliche Gesundheit

Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Strukturfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds
Beschäftigung und Soziales



Verkehr, transeuropäische Netze

Umwelt, Energie und Klimawandel

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur und Sport

AdR-Fachkommissionen

6 Fachkommissionen (Gruppen von Mitgliedern) erarbeiten Entwürfe von Stellungnahmen und Entschließungen, die der Plenarversammlung vorgelegt werden.

Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER)



Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE)

Wirtschaftspolitik (ECON)



Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX)

Natürliche Ressourcen (NAT)



Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC)

Wie entsteht eine AdR-Stellungnahme?

1. Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Rechtsakt oder Ersuchen des EP bzw. des Rates oder Eigeninitiative des AdR

2. Berichterstatter erarbeitet Stellungnahmeentwurf und konsultiert Interessenträger

3. Erörterung und Annahme des Stellungnahmeentwurfs in AdR-Fachkommission

4. 2-9 Monate von der Ernennung des Berichterstatters bis zur Verabschiedung der Stellungnahme

5. Sitzungen des AdR-Berichterstatters mit EP-Berichterstattern sowie Vertretern des Ratsvorsitzes und der Kommission

6. Verabschiedung der Stellungnahme durch die AdR-Plenarversammlung

7. Veröffentlichung und Information der anderen EU-Institutionen

Ergebnis

Über 70 % der EU-Rechtsvorschriften haben direkte Auswirkungen auf die lokale und regionale Ebene.



2017 verabschiedete der AdR:



Stellungnahmen

2017 hielt der AdR 92 Veranstaltungen

und beteiligte sich an der Organisation von 113 Veranstaltungen im Rahmen der Initiative „Überlegungen zu Europa“



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde 1994 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht errichtet und ist eine Versammlung von 350 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 507 Millionen EU-Bürger vertritt. Seine Aufgabe ist es, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den Entscheidungsprozess der Union einzubeziehen und sie über die Gemeinschaftspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören. Der AdR kann den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder wenn er der Auffassung ist, dass eine EU-Rechtsvorschrift gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. dass regionale oder lokale Kompetenzen missachtet werden.

Herausgeber: Direktion für Kommunikation des Europäischen Ausschusses der Regionen

April 2018

Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brussel | BELGIQUE/BELGIË | Tel. +3222822211
www.cor.europa.eu | [@EU_CoR](https://twitter.com/EU_CoR) | [/european.committee.of.the.regions](https://www.facebook.com/european.committee.of.the.regions) | [/european-committee-of-the-regions](https://www.linkedin.com/company/european-committee-of-the-regions)

